

Berlin

Kultursenator Lederer und die „Vielschichtigkeit der Ereignisse von 1989“

Florian Mausbach

581 Wörter

14 April 2017

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Gastkommentar

Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung kritisiert den Kultursenator Klaus Lederer für dessen Opposition zum Einheitsdenkmal. Ein Gastkommentar

Berlins Kultursenator Lederer hält den Denkmalentwurf der Waagschale „Bürger in Bewegung“ auf dem Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals auf der Schlossfreiheit für „eine unangemessene Antwort auf die Vielschichtigkeit der Ereignisse von 1989“. Mit dieser Erklärung bekräftigt der Politiker Der Linken mit der neuen Autorität eines Kultursenators die ablehnende Haltung seiner Partei, vormals PDS, vormals SED, die als Verliererin der Friedlichen Revolution sich [von Anfang an gegen ein Freiheits- und Einheitsdenkmal sowohl in Leipzig wie in Berlin gewandt hat](#).

Die angebliche „Vielschichtigkeit der Ereignisse von 1989“ ist nur ein verschleiender Ausdruck für die Schwierigkeit, [die Die Linke verständlicherweise mit den „Ereignissen von 1989“ hat](#). Die „Ereignisse von 1989“ – was für ein nebulöser Begriff für den „Größten Anzunehmenden Glücksfall“ unserer Geschichte!

Über den Sturz ihres SED-Regimes können sich Die Linke und Herr Lederer einfach nicht freuen. Stattdessen grübeln sie über die „Vielschichtigkeit“ der Gründe, die zum Sturz ihrer realsozialistischen Parteidiktatur geführt hat. Die DDR hat sich stets über die Kette von historischen Fortschritts-Revolutionen zu legitimieren versucht – die DDR als gesetzmäßiger Höhepunkt und Endziel deutscher Geschichte. 1989 aber ist die DDR selbst durch eine welthistorische Revolution hinweggefegt worden. „Vielschichtig“? Nein. Eindeutig!

"Sozialistisches Denken soll insgesamt diskreditiert werden" Herr Lederer treibt die Sorge um, dass mit der Errichtung eines Denkmals für die Friedliche Revolution "die Auseinandersetzung über die DDR auch ausgeschlachtet wird, um sozialistisches Denken insgesamt zu diskreditieren". Nicht die Auseinandersetzung über die DDR ist es, die sozialistisches Denken diskreditiert, sondern die historische Erfahrung des „realen Sozialismus“ und die Verweigerung der Auseinandersetzung damit.

[Dabei ist es gerade dieser Denkmal-Standort der Schlossfreiheit, der nicht nur an die Bedeutung der demokratischen Freiheits- und Einheitsbewegung der Deutschen erinnert](#) - hier kam es 1848 zum Höhepunkt der liberalen Paulskirchen-Revolution, als der König vor den toten Revolutionären seinen Hut ziehen musste –, sondern auch an die Bedeutung der sozialistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – im Marstall tagte 1918 der Arbeiter- und Soldatenrat und über die Schlossfreiheit zog der riesige Trauermarsch zum Gedenken an die Toten der Novemberrevolution.

Über die Schlossfreiheit vorbei am leeren Sockel des Nationaldenkmals wagte sich am 4. November 1989 der mächtige **Zug** der Demonstranten in das Machtzentrum der SED-Diktatur, mit dem ZK der SED in der Reichsbank, mit Staatsratsgebäude, Palast der Republik und Aufmarschplatz, bevor sich die Demonstranten zur größten Kundgebung der untergehenden DDR auf dem Alexanderplatz versammelten. Welcher Ort eignete sich besser, um an die Freiheits- und Einheitsbewegung der Deutschen zu erinnern wie an die vielfältigen, auch sozialistischen Quellen unserer heutigen demokratischen Gesellschaft und sozialen Marktwirtschaft.

Es ist ein Ort, der dem viel zu erzählen hat, der an historischer Wahrheit interessiert ist. Der Sockel des wilhelminischen Nationaldenkmals erinnert – heute ohne den Kaiser hoch zu Ross und ohne französische Kriegstrophäen – an die erste deutsche Einheit, bewirkt durch Bismarck, den Friedrich Engels einen „Revolutionär von oben“ nannte. Künftig dient er der Würdigung der mutigen Bürgerbewegung von 1989, die uns die Freiheit und Einheit von unten geschenkt hat.

Es ist ein vielschichtiger Ort. Der Kultursenator aber verlangt „Vielschichtigkeit“ von dem Denkmal. Er müsste es besser wissen. Denkmäler sind einfache Zeichen. Sie erklären und erläutern nichts. Sie erinnern, wecken Achtung, Trauer oder Freude. So erinnert die Waagschale „Bürger in Bewegung“ mit ihrem freudigen und hoffnungsfrohen Schwung an das große Glück von 1989 und trägt ihren Schwung in die Zukunft.

Umstritten. Die Einheitswippe vor dem Humboldt-Forum.

Dokument TAGON00020170414ed4e00008

Berlin

Was an Ostern geöffnet hat

Nora Noll

175 Wörter

14 April 2017

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Osterfeiertage in Berlin

Nicht alle Geschäfte in Berlin sind an den Osterfeiertagen geschlossen: Vereinzelt haben Supermärkte geöffnet. Auch Notdienste von Apotheken und Ärzten bieten ihre Dienste an.

LädenBei unerwartetem Familienbesuch oder plötzlicher Leere im Kühlschrank kann man auch [Ostern](#) in diesen Supermärkten ganztägig einkaufen: Edeka am Südkreuz und am **Bahnhof** Friedrichstraße, Kaiser's/Rewe im **Hauptbahnhof**, Lidl im U-**Bahnhof** Innsbrucker Platz, Rewe im Ostbahnhof, Denn's Biomarkt am Gesundbrunnen und Ullrich Verbrauchermarkt am **Bahnhof** Zoo (Hardenbergstr. 25/ Kantstr. 7). Auch Drogeriemärkte haben an den Feiertagen offen, beispielsweise Rossmann am **Bahnhof** Lichtenberg. Auch einige Pflanzencenter haben geöffnet.

Ärzte und ApothekenWährend der Feiertage gibt es etwa 20 Apotheken in Berlin verteilt, die jeweils 24 Stunden ihren Notfalldienst anbieten. Die einzelnen Stellen für den jeweiligen Bezirk findet man auf www.akberlin.de. Auch wenn der Hausarzt geschlossen hat: Unter der Telefonnummer 31 00 31 ist immer ein ärztlicher Bereitschaftsdienst zu erreichen. Zusätzlich wird auch in den Ambulanzen der Krankenhäuser durchgehend gearbeitet.

Auch an den Osterfeiertagen haben einige Supermärkte geöffnet.

Dokument TAGON00020170414ed4e00037

Politik

"Wir müssen über Verteilung reden"

Robert Birnbaum

1,384 Wörter

14 April 2017

Der Tagesspiegel Online

TAGON

Deutsch

Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH.

Arbeitsministerin Andrea Nahles im Interview

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) warnt im Interview vor einer „Oligarchie der Reichen“ und spricht über ihre Pläne, ein weiteres Aufweichen der Tarifverträge zu verhindern.

Die Bundesregierung hat in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht zum ersten Mal auch die Reichen erfasst. Wie wird man reich in Deutschland?

Mir war es sehr wichtig, etwas [über Reichtum in Deutschland](#) zu erfahren. Da liegt nach wie vor viel im Dunkeln. Wir haben dazu kaum Daten. Rund 150 Menschen mit einem frei verfügbaren Vermögen von mindestens einer Million Euro haben sich bereit erklärt, an einer Studie teilzunehmen, die ich beauftragt habe; deshalb wissen wir, dass zwei Drittel dieser Menschen durch Erbschaft zu ihrem Reichtum gekommen sind. Außerdem zählen deutlich mehr Selbständige zu den Reichen als Arbeitnehmer.

Hat Sie das im Ernst verblüfft?

Dass es sich größtenteils um leistungslos erworbenes Vermögen handelt schon. Wir wissen zudem, dass 50 Prozent des gesamten Nettovermögens in der Hand von nur zehn Prozent der Bevölkerung liegen. Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung besitzen zusammen genommen hingegen nur ein Prozent des Vermögens. Wir beobachten eine Refeudalisierung der Gesellschaft, ich habe das etwas zugespitzt „neue Oligarchie der Reichen“ genannt.

Oligarchie klingt nach Schurken...

Das ist nicht abwertend oder moralisierend gemeint. Es geht nicht um eine Neid-Debatte. Aber diese Entwicklung ist problematisch. Studien belegen, dass ungleiche Gesellschaften nicht nur ungerecht, sondern auch ökonomisch weniger stabil sind. Reiche konsumieren zum Beispiel anteilig viel weniger als Normalverdiener. Das ist schlecht für die Binnennachfrage. Außerdem haben Reiche bessere Chancen, ihre Interessen durchzusetzen – auch das haben wir im Rahmen einer Studie beleuchtet.

Das ist der Befund. Aber wie lautet die politische Schlussfolgerung?

Ich möchte keine duale, polarisierte Gesellschaft. Ich möchte auch kein duales Wachstum – viel für die einen, mickrig für die anderen. Ich möchte ein inklusives Wachstum, an dem alle einen Anteil haben. Wertschöpfung muss gerechter verteilt werden. Bei neoliberalen Ökonomen schwingt immer der Gedanke mit, dass Wachstum nur um den Preis von Ungleichheit zu haben sei. Der historische und internationale Blick zeigt: es geht auch anders. Ganz simpel gesagt: Wir müssen über Verteilung reden.

Verteilung von was – [Löhne und Einkommen](#), Steuern, Sozialleistungen?

In allererster Linie muss es um die Primärverteilung gehen, also um Löhne. Was mich überrascht und alarmiert hat an den Befunden des Berichts war, dass die Reallöhne der unteren 40 Prozent der Beschäftigten seit Mitte der 90er Jahre stagnieren oder sogar ins Minus gerutscht sind, während die oberen 60 Prozent zugelegt haben. Wir haben eine sehr starke Lohndifferenz. Der erste Weg, Verteilung zu verändern, muss über die Löhne gehen.

Aber beruht nicht diese Differenz wesentlich darauf, dass heute Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten, die früher arbeitslos waren?

Die Zunahme bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist erfreulich ebenso wie der Rückgang bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Während wir im Jahr 2007 noch 1,7 Millionen Langzeitarbeitslose verzeichnen mussten, sind es heute weniger als eine Million. Diese Menschen sind natürlich eher im Niedriglohn-Bereich untergekommen als in Top-Jobs. Das rechtfertigt aber nicht die Lohnspreizung als solche. Der Mindestlohn hat gezeigt, dass höhere Löhne Beschäftigung nicht gefährden.

Schön und gut, aber wie groß ist denn nun das Problem?

Die Antwort ergibt sich aus den Fakten, die ich genannt habe: das Auseinanderdriften der Löhne ist real. Es darf nicht sein, dass nur die oberen Lohngruppen vom Aufschwung profitieren und die unteren Lohngruppen davon abgekoppelt werden. Bei bestimmten Branchen – Handel, Logistik und vielen anderen Dienstleistungen – können wir den Rückgang der Reallöhne besonders stark beobachten. Da müssen wir etwas tun.

Deutschland auf dem Weg ins Elend?

Ich will keine Elendsdebatte nach dem Motto „Alle werden immer ärmer“ – das ist Unsinn. Die politische Frage lautet: Was müssen wir tun, damit unser Land zusammenbleibt – ökonomisch, aber auch gesellschaftlich und politisch. Der Mindestlohn war ein wichtiger Schritt, die die Verbesserungen für Leiharbeiter und Werkvertragsnehmer auch. Aber das reicht noch nicht.

Sind mehr Sozialleistungen ein Weg?

Man kann nicht staatlich heilen, was in der Lohnpolitik schief geht. Wer das versucht, wird spätestens bei der nächsten Rezession böse erwachen, wenn er feststellt, dass ihm dann Geld fehlt. Mit derlei Versprechen kann von mir aus die Linkspartei hausieren gehen. Mein Ziel ist es, Probleme zu lösen, bevor sie entstehen.

Manche in der SPD wollen Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten ...

Wir müssen den Druck von der arbeitenden Mitte nehmen. Steigende Mietpreise, Steuern oder Bildungskosten spielen da neben Sozialabgaben eine große Rolle.

Und die Steuerpolitik?

Steuern auf Kapital dürfen nicht niedriger sein als auf Arbeit. Ich schlage außerdem einen „Pakt für anständige Löhne“ vor. Dafür müssen sich alle an einen Tisch setzen, auch die öffentlichen Arbeitgeber, die mitunter auch kein gutes Vorbild abgeben.

So ein Pakt mag ja nützlich sein. Aber muss nicht gerade die SPD darauf bestehen, dass Lohnfindung Tarifsache bleibt?

Wir haben die gute Tradition, dass die Löhne Sache der Tarifparteien sind. Aber die Tarifbindung lässt erschreckend nach. Zu Beginn der 80er Jahre lag sie noch bei knapp über 90 Prozent, heute liegt sie im Westen bei unter 60, im Osten sogar bei unter 50 Prozent. Die Politik kann dies nicht per Gesetz ändern, aber sie kann Anreize schafft, Tarifverträge zu schließen und Tarifpartnerschaft stärken. Ich habe dies mit mehreren Gesetzen getan. Wir müssen Tarifverträgen einen Vorteil einräumen.

Ein Grund für die Tarifspreizung in Deutschland ist der gestiegene Anteil von Teilzeitjobs. Wieso wollen Sie das Problem mit dem Recht auf befristete Teilzeit vergrößern?

Das [Recht auf Teilzeit](#) gibt es schon lange. Mit geht es nun um das Recht, aus der Teilzeit wieder herauszukommen. Mein Ziel ist, dass insbesondere Frauen nicht mehr in der Teilzeitfalle hängen bleiben, nur weil sie sich einmal dazu entschlossen haben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Daher sollen sie das Recht bekommen, mit dem Arbeitgeber bei Eintritt in die Teilzeit auch den Zeitpunkt der Rückkehr in Vollzeit zu verabreden. Wir wissen, dass rund 750000 Teilzeitkräfte gerne länger arbeiten würden. Das spüren sie auch auf dem Lohnzettel.

Die Union will Betriebe unter 200 Mitarbeitern davon ausnehmen, Sie bestehen auf einer 15-Mitarbeiter-Grenze. Lohnt diese Differenz den Streit?

Mir liegt viel daran, noch in dieser Legislatur zu einer Lösung zu kommen. Ich habe mich deshalb am Dienstag nochmals mit Kanzleramtschef Peter Altmaier und den Sozialpartnern getroffen und Kompromissmöglichkeiten ausgelotet. Ich bleibe dran. Und was die von Ihnen angesprochene Grenze anbelangt: Wir erkennen an, dass kleine Betriebe sich schwerer tun, Teilzeit zu organisieren. Die 15-Mitarbeiter-Schwelle gilt daher schon für das bestehende Teilzeitrecht. Wenn wir aber auf 200 gingen, würden 60 Prozent der Beschäftigten von diesem Recht ausgeschlossen. So ein Placebo-Gesetz mache ich nicht mit. Ich würde dieses Gesetz gerne noch umsetzen, aber wenn es mit der Union nicht mehr zu machen ist, dann machen wir es nächstes Jahr mit Martin Schulz als Kanzler!

Apropos Martin Schulz – das „Arbeitslosengeld Q“, das der SPD-Kandidat plant, nützt frisch arbeitslos Gewordenen, nicht aber Langzeitarbeitslosen.

Qualifizierung ist wichtig, um gar nicht erst lange arbeitslos zu bleiben. Ich habe außerdem erst kürzlich ein Konzept vorgestellt, um Langzeitarbeitslosen eine echte Chance auf soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wir müssen endlich ehrlich sagen, dass wir diesen Menschen bislang kein passendes Angebot machen. Wir bieten Maßnahmen an, um sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Viele schaffen das

aber nicht auf Anhieb, etwa weil sie gesundheitlich eingeschränkt sind. Für sie brauchen wir eine öffentlich geförderte Beschäftigung.

An was für Jobs denken Sie da?

Ich war neulich in Dortmund, dort gibt es zum Beispiel Fahrgastbegleiter für **Busse**. Die helfen Älteren mit Rollator oder Menschen mit Behinderungen beim Ein- und Aussteigen. Arbeit gibt es genug, auch bei den Kommunen. Und es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren, statt das Geld in Transfers zu stecken.

Bleibt nicht die Hauptaufgabe eher, neue Arbeitslosigkeit zu verhindern, etwa als Folge der Digitalisierung?

In der Tat. Und das beschäftigt mich sehr. Wir werden in Zukunft immer weniger einfache Jobs haben. Aber auch anspruchsvolle Tätigkeiten werden sich wandeln. Es wird deshalb darauf ankommen, den Betrieb nicht nur als Beschäftigungsort zu betrachten, sondern als Lernort zu begreifen. Das gilt für Beschäftigte wie für Betriebe. Denn Weiterbildung und Qualifizierung werden in Zukunft das alles Entscheidende sein. Ich plädiere in der nächsten Legislaturperiode deshalb für gemeinsame Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Betriebsräten. Denn wenn ich mich als Arbeitsministerin alleine hinstelle und rufe: „Leute, qualifiziert euch!“ – hilft das wenig!

Andrea Nahles (SPD), seit Dezember 2013 Bundesministerin für Arbeit und Soziales, in ihrem Büro in Berlin-Mitte.

Dokument TAGON00020170414ed4e0005u

Zusammenfassung der Suche

Text	rst=(zbild or spgl or diezei or bberbr or dwelt or tagss or bilde or spglo or zeiton or welton or tagon) AND (Personenverkehr* or Nahverkehr* or Fernverkehr* or OEPV* or OENV* or Bahn* or S-Bahn or Strassenbahn* or U-Bahn or Eisenbahn* or Tram or Bus or Busse or Metro or Zug or Zuege or IC or ICE or Regionalexpress* or Haltestelle* or Bahnhof* or Hauptbahnhof*)
Datum	Im letzten Monat
Quelle	Alle Quellen
Autor	Alle Autoren
Unternehmen	Alle Unternehmen
Thema	Alle Themen
Branche	Alle Branchen
Region	Alle Regionen
Sprache	Deutsch Oder Englisch
Gefundene Ergebnisse	2,700
Zeitstempel	16 Mai 2017 11:20